Der Schutzauftrag aus dem Niedersächsischen Gesetz über unterstützende Wohnformen

Der Schutzzweck des Gesetzes ergibt sich nicht daraus, dass Senioren und Seniorinnen allein aufgrund ihres Alters schutzbedürftig oder altersbedingt überfordert sind.

Ausschlaggebender Grund für die Heimgesetzgebung ist vielmehr, dass sich Menschen unter zumindest teilweiser Aufgabe ihres Selbstbestimmungsrechts in eine gemeinschaftliche Wohnform begeben, um einen umfassenden Versorgungsanspruch zu erhalten.

Dieser Versorgungsanspruch umfasst alle wesentlichen Teile des täglichen Lebens, namentlich die Pflege, die hauswirtschaftliche Versorgung, wozu auch die Verpflegung zählt, die (soziale) Betreuung, die Qualität des Wohnens und die ärztliche und gesundheitliche Betreuung sowie weitere, im Niedersächsischen Gesetz über unterstützende Wohnformen im Wesentlichen unter den Anforderungen an den Betrieb eines Heimes genannten, zu erbringenden Leistungen des Betreibers einer stationären Alten- und Pflegeeinrichtung.

Da alle diese Leistungen „aus einer Hand“ gewährt werden, eben durch den Betreiber der Einrichtung, entsteht eine strukturelle Abhängigkeit der Bewohner stationärer Alten- und Pflegeeinrichtungen sowie nicht selbstbestimmter ambulanter Wohngemeinschaften von dem Betreiber, respektive durch die von dem Betreiber eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Damit einhergehend haben Bewohner stationärer Alten- und Pflegeeinrichtungen einen hohen persönlichen Hilfebedarf auf Grund ihrer Lebensumstände und können die auf Grund der strukturellen Abhängigkeit potenziell bedrohten, bedeutenden Rechtsgüter, wie ihre Gesundheit, ihre persönliche Freiheit sowie ihre körperliche, geistige und seelische Integrität nicht selbst ausreichend schützen.

Zweck des Gesetzes ist es daher, den Schutz der Interessen der Bewohner dort sicherzustellen, wo dies erforderlich ist. Der Schutzzweck des Gesetzes muss also dort greifen, wo die Bewohner stationärer Einrichtungen in ihrer Menschenwürde gefährdet sind.

Die Grundrechte auf physische als auch auf psychische Gesundheit eines jeden Menschen zu schützen ist Verpflichtung aller staatlicher Gewalt.

Damit bedarf es einer staatlichen Aufsichtsbehörde, die die Einhaltung der von dem Betreiber gegenüber den Bewohnern gegebenen, heimmäßigen Versorgungsgarantie überwacht. Dies ist die Heimaufsicht.

Mario Bock
Prüfer Team Heimaufsicht